

zu TOP



Mainz, 10.06.2025

Anfrage 0902/2025 zur Sitzung am 25.06.2025

Rechtsextreme Mitarbeitende von Stadtratsfraktionen

Der rheinland-pfälzische Innenminister plant eine Initiative zur Überprüfung von rechtsextremen Mitarbeitenden in den Landtagsfraktionen und zur möglichen Streichung von Mitteln. Die Stadt Mainz stellt den Fraktionen ebenfalls Finanzmittel aus Steuergeldern zur Verfügung. Hiervon werden unter anderem Mitarbeitende der Geschäftsstellen bezahlt. Auch bei einer Fraktion im Mainzer Stadtrat bestehen durch Fraktionsmitarbeitende öffentlich bekannte und dokumentierte Verbindungen zu rechtsextremen Netzwerken. Diese Verbindungen und mögliche Einflussnahmen auf die demokratische Arbeit des Rates sowie der Zugriff auf eine Vielzahl an nicht öffentlichen Dokumenten geben Anlass zur Sorge.

Wir fragen an:

1. Wie bewertet die Verwaltung die Initiative des Landes zur Überprüfung von rechtsextremen Fraktionsmitarbeitenden?
2. Wie bewertet die Stadt Mainz den Sachverhalt, dass Mainzer Steuergelder möglicherweise indirekt ihren Weg in rechtsextreme Netzwerke und Gruppierungen finden?
3. Gibt es städtische Überlegungen oder Möglichkeiten, sich dieser Initiative anzuschließen oder eigene Maßnahmen zu ergreifen?
4. Welche Möglichkeiten bestehen aktuell, auf bekannte Verbindungen von Mitarbeitenden einer Fraktion im Mainzer Stadtrat zu rechtsextremen Gruppen zu reagieren?
5. Gab es in der Vergangenheit bereits Gespräche oder Hinweise hierzu aus Sicherheitskreisen oder vom Landesverfassungsschutz?

Kolhey, Sascha
Fraktionsvorsitzender Volt-Mainz